



BERLININFO

NR. 3

17. Februar 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

den Bundespräsidenten wählen, meine erste Bundesvorstandssitzung, Wahlkampfinformation in der Landesgruppe, Netzwerkerinnentreffen mit der Kanzlerin, Hintergrundgespräch mit Peter Altmeier, Sitzungen und Besprechungen, Besuche und zwischendurch schnell noch mal für einen Abend zurück in den Wahlkreis.

Es war viel los in dieser Woche.

Ich bin froh, dass die nächsten Tage nur einfach Fastnacht ist. Vielleicht sehen wir uns ja. Genießen Sie die närrischen Tage!

Ihre

M. Heil

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423



**Ihnen allen eine unbeschwerte
und närrische Karnevalszeit!**

Ihre Mechthild Heil MdB

www.mechthild-heil.de



Netzwerken mit der Kanzlerin

250 Frauen in Führungspositionen kamen in dieser Woche mit der Bundeskanzlerin zusammen. Die Fragen an die Kanzlerin betrafen alle Gesellschaftsfelder. Das hat richtig Spaß gemacht. Zeigte es doch einmal mehr, dass sich heute Frauen in Politik und Gesellschaft nicht länger nur mit sogenannten Frauenthemen beschäftigen. Ein guter Termin, mit guten neuen Kontakten.



Gespräch mit TÜV-Vertretern: Wem gehören die Daten im Auto?

Vom Reifendruck über den Airbag bis zum Navigationsgerät – eine Vielzahl von Daten werden heute in modernen Fahrzeugen an den Hersteller gesendet. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Der TÜV geht davon aus, dass bis 2025 etwa 2/3 der Autos vernetzt sind, also Daten untereinander, mit der Infrastruktur und den Herstellern auszutauschen. Es geht um Daten der Ortung des Fahrzeuges, Kontakte aus dem Handy, freie Parkplätze in der Umgebung, Parkdauer, Brems- und Beschleunigungsvorgänge, Fehlermeldung direkt an die Werkstatt oder den automatischen Notruf im Pannenfall. Einige dieser Daten sind auch wirklich notwendig für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Fahrzeugs. Aber eine Vielzahl der Daten dienen nicht dem Fahrer, sondern nur neuen Geschäftsmodellen des Herstellers. Der Datenpool ist ein begehrtes Gut. Der Verbraucher gibt bei Kauf einmal seine Zustimmung – meist ganz unbewusst, weil dies in den Vertragsbestimmungen nur für Fachleute zu erkennen ist -, danach wird er nicht mehr gefragt. Für die Autobauer ist das ein lukratives Geschäft. Für mich ist aber klar, dass Verbraucher entscheiden müssen, was mit den Daten passiert, insbesondere wenn sie an Dritte weitergegeben werden. Darüber habe ich mit dem TÜV in dieser Woche gesprochen. Wir waren uns da sehr einig!



Mit Zuversicht in die nächsten Monate

Die Parteispitzen von CDU und CSU haben sich letzte Woche in München getroffen und beschlossen, gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze in den Wahlkampf zur Bundestagswahl zu ziehen. Das ist ein wichtiges Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit. In diesem Bewusstsein sollten wir die nächsten Monate angehen. Entscheidend ist deshalb, welches Angebot wir den Bürgerinnen und Bürgern für die nächsten vier Jahre machen, wie wir für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft sorgen, wie wir die ländlichen Räume lebenswert gestalten und wie wir die internationale Lage und die Europäische Union in unsicherer Zeit mitgestalten und Orientierung geben. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden beauftragt, den Entwurf für ein Wahlprogramm zu erarbeiten.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass es noch über sieben Monate bis zur Bundestagswahl sind. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung wie die Grundgesetzänderungen, die Maut und die Vorhaben aus dem Bereich innere Sicherheit an. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen. Wir werden uns auch inhaltlich mit dem SPD-Kandidaten auseinandersetzen. Er hat schon für Europa die falschen Rezepte, wie etwa die Vergemeinschaftung der Schulden, und deshalb werden wir ihm auch weiter auf den Zahn fühlen – auch wenn er meint, dies als Schlammschlacht bezeichnen zu müssen. Das beeindruckt uns nicht.

Föderalismus weiterentwickeln

In dieser Sitzungswoche beraten wir die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat an.

Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Schutz für Polizisten und Rettungskräfte weiter verbessert

Wir setzen in dieser Woche ein unmissverständliches Signal, dass wir Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Rabierte Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen.

Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Wahlkampf Vorbereitung mit Julia Klöckner

Der Kampagnen-Service von connect17 hat uns Abgeordneten und Kandidaten vorgestellt, wie sie uns im Wahlkampf unterstützen wollen. Sicher ist, dieser Wahlkampf wird härter als die letzten. Jedem muss klar sein: ist rot-rot-grün möglich, wird es das auch geben! Ministerin Sarah Wagenknecht und Minister Jürgen Trittin – hoffentlich wird das nicht Realität. Deshalb: wir müssen hart daran arbeiten, dass die Union wieder stärkste Kraft wird und die Kanzlerin stellen kann. Das gelingt uns nur, wenn wir alle Kräfte bündeln.

Ich werde an dieser Stelle auch immer wieder über unsere Wahlkampfaktivitäten berichten. Wenn Sie mithelfen wollen, melden Sie sich doch einfach unter: www.connect17.de



Daten und Fakten

Gestiegene Ausgaben für Schüler an öffentlichen Schulen. Jüngst veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgaben als noch im Jahr 2013. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die höchsten Ausgaben verzeichneten Berlin und Hamburg (je 8.500 Euro), die niedrigsten Schleswig-Holstein (5.800 Euro) und Nordrhein-Westfalen (5.900 Euro). Die weitest größten Aufwendungen entfielen dabei auf das Personal (ca. 5.500 Euro pro Schüler), gefolgt von Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, für Lehrmittel und Baumaßnahmen. Unterschiede zeigten sich auch bei den einzelnen öffentlichen Schularten. Während an allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 7.400 Euro pro Schüler ausgegeben wurden, waren es an beruflichen Schulen rund 4.600 Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bundesländerranking familiengeführter Großunternehmen. Gemessen an der Einwohnerzahl sitzen die meisten großen Familienunternehmen, nach Definition mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz, in Hamburg und Bremen (jeweils 10,6 und 9,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). In absoluten Zahlen fallen die beiden Hansestädte jedoch hinter den Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern zurück (jeweils 7,4 und 6,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). Nur sehr wenige große Familienbetriebe finden sich demgegenüber in den fünf ostdeutschen Bundesländern, die zusammen lediglich 209 solcher Unternehmen beheimaten. Diese Zahlen beruhen auf Erhebungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2015. Insgesamt zählt das Institut 2015 4.700 solcher familiengeführten Großunternehmen in Deutschland. Viele davon sind sogenannte „Hidden Champions“, Weltmarktführer in Nischensegmenten mit hochspezialisierten Produkten, der Öffentlichkeit aber zumeist kaum bekannt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Unternehmensinsolvenzen im November 2016 rückläufig. Die deutschen Amtsgerichte verzeichneten im November 2016 1.677 Unternehmensinsolvenzen und damit 10,8 Prozent weniger als im November 2015. Dies bestätigt einen seit Dezember 2015 andauernden Trend, wonach die Zahlen der monatlich registrierten Unternehmensinsolvenzen, nur mit Ausnahme des Monats September 2016, stets niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat waren. Die meisten Unternehmensinsolvenzen im November 2016 meldete das Baugewerbe. Die Amtsgerichte veranschlagten die erwarteten Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen für November 2016 mit knapp 1,2 Milliarden Euro, im Vergleich zu 1,4 Milliarden im November 2015.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)